Frankfurter Allgemeine

Dossier 18

3/2023

Starter Pack Finanzen & Karriere

Was junge Menschen wirklich brauchen

Wer heute jung ist, sollte jetzt schon fürs Alter vorsorgen Seite 4

Welche Versicherungen wirklich notwendig sind Seite 20

Finanzielle Absicherung für Berufseinsteiger Seite 24

Auch mit geringen Sparsummen ein Vermögen aufbauen Seite 28

So kommt man im neuen Job gut durch die Probezeit Seite 41

Digitale Netzwerke beruflich nutzen Seite 48

4,50 Euro

www.faz.net

ISBN: 978-3-89843-602-1

Inhalt

Editorial	3
Anlagetipps für Junge!	4
Wohin mit dem Geld?	8
Sehenden Auges in die Altersarmut	14
Wenn man einen Euro übrig hat	16
Welche Versicherungen es wirklich braucht	20
Zum Berufsstart richtig vorsorgen	24
Vermögen aufbauen mit ETF	28
Sparen will gelernt sein	32
Mit Einsteigerportfolio die Zinswende nutzen	35
Mehr Geld oder mehr Glück?	37
Wie überstehe ich gut die Probezeit?	41
Warum müssen die Unternehmen heute um junge Bewerber betteln?	44
Wie geht Netzwerken digital?	48

Impressum

Frankfurter Allgemeine Dossier eMagazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Verantwortlich: Carsten Knop

Redaktion und Gestaltung: Birgitta Fella, Michael Crass, Hans Peter Trötscher

Projektleitung: Olivera Kipcic (Leiterin Frankfurter Allgemeine Archiv und Rights Management)

Autoren: Philipp Krohn, Christian Siedenbiedel, Daniel Mohr, Markus Frühauf, Tim Kanning, Franz Nestler, Inken Schönauer, Archibald Preuschat, Felix Schwarz, Volker Looman, Sara Wagener, Caroline Becker, Birgitta vom Lehn, Stefanie Diemand, Doreen Dormehl

Grafiken: Andreas Niebel, Nicole Gomes Rodrigues, Stefan Walter, Christine Sieber

Titelbild und Illustrationen: adobestock.com

Produktion: F.A.Z.-Research

Anschrift: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main

Geschäftsführung: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für Inhalte des Frankfurter Allgemeine Dossiers unter www.faz-rechte.de. Kontakt: nutzungsrechte@faz.de

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Zahlen darf man an sich nicht einfach vorbeirauschen lassen. Denn Resignation ist keine Antwort auf das Problem, vor allem dann nicht, wenn man noch jung ist und am Beginn seines Berufslebens steht: Nicht nur in Hessen wird die Pflege immer teurer. Die Eigenanteile von Pflegeheimbewohnern sind, um beim Beispiel dieses Bundeslandes zu bleiben, im ersten Jahr um 384 Euro auf 2503 Euro gestiegen. In den Folgejahren greifen zwar Entlastungsregelungen. Und doch bleibt die absolute Höhe enorm, wenn man bedenkt, dass die Durchschnittsrente eines Hessen im Jahr 2021 bei 1311 Euro für Männer und bei 781 Euro für Frauen gelegen hat.

Es wäre deshalb eine sehr rationale Entscheidung, sich schon im Alter von 30 Jahren (oder früher) auch auf steigende Pflegekosten vorzubereiten. Es ist nur ein Beispiel dafür, warum es sich lohnt, sich früh mit



Geldfragen zu befassen. Je früher man mit der Planung beginnt, desto besser kann man finanzielle Belastungen im Alter bewältigen. Die Folge daraus sollte ein Notfallfonds sein, um unvorhergesehene Kosten abzudecken, die im Laufe der Zeit entstehen könnten. Ist es möglich, in einen geeigneten Renten- oder Vorsorgeplan zu investieren, der zusätzliche finanzielle Sicherheit im Alter bietet? Aber in was genau soll man investieren? In Aktien, Anleihen, Immobilien? Und wenn ja, in welcher Form – in Fonds, in ETFs? Darum geht es in diesem Heft. Aber auch um die Frage, wie man die Probezeit gut übersteht, damit am Ende überhaupt etwas zum Zurücklegen bleibt.

Viele Grüße Ihr Carsten Knop Herausgeber Frankfurter Allgemeine Zeitung



Wer heute jung ist, weiß: Die staatliche Rente allein wird später nicht reichen. Was man jetzt schon machen kann, um sich für diese Zeit abzusichern, erörtern wir in diesem Finanz-Spezial.

Von Philipp Krohn und Christian Siedenbiedel

enn es um die Einkünfte im Alter geht, liegt Deutschland in verschiedenen Kategorien fernab der Tabellenspitze: Eine geringe Wohneigentumsquote und ein niedriger Aktienanteil an den Geldanlagen führen zu einem hinteren Platz in den Vermögensvergleichen großer Finanzdienstleister. Die Schweiz, die Niederlande und skandinavische Länder hängen Deutschland in vielen Bereichen ab.

So besaß ein durchschnittlicher Deutscher im Jahr 2021 ein Vermögen von 257.000 Dollar. Nach den Zahlen der Schweizer Bank Credit Suisse waren das 169.000 Dollar weniger, als ein durchschnittlicher Däne hatte. Auch zu den Niederlanden, Schweden und Belgien ist der Abstand groß. Das hat verschiedene Ursachen: Einige liegen am Altersvorsorgesystem, andere haben mit unterschiedlichen Geldanlage-Mentalitäten zu tun. Allgemein bekannt ist neben der deutschen Zurückhaltung, Wohneigentum zu bilden, die Ab-

neigung gegen Aktien. Dadurch verzichtet der deutsche Geldanleger auf einen großen Teil des Zinseszinseffekts, der bei höheren durchschnittlichen Renditen und längeren Laufzeiten zu hohen Kapitalzuwächsen führt.

Das deutsche Altersvorsorgesystem ruht auf drei Säulen: Die gesetzliche Rente ist für die meisten mit Abstand die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Weil sie als Umlage gestaltet ist, in der die heutigen Beschäftigten für aktuelle Ruheständler aufkommen, ist sie sensibel gegenüber dem demographischen Wandel, den eine fallende Zahl von Beitragszahlern kennzeichnet und der mit dem Eintritt der geburtenstärksten Jahrgänge in die Rente im Jahr 2030 einen vorläufigen Höhepunkt erreichen wird. In die betriebliche Altersversorgung zahlen Arbeitgeber und/oder Arbeitnehmer mit Vorteilen in den Sozialbeiträgen und zu geringen Kosten ein. In der privaten Altersvorsorge gibt es einige komplizierte Fördersystematiken und Modelle, die durch den Nullzins besonders stark strapaziert wurden.

In Deutschland wird vom Gesetzgeber relativ strikt zwischen Altersvermögen und Altersvorsorge getrennt. Als Vorsorge gelten Anlageformen, die im Alter verlässliche regelmäßige Zahlungen generieren und über Standmitteilungen dokumentiert sind. Deshalb sind in einer säulenübergreifenden digitalen Rentenübersicht der Deutschen Rentenversicherung, die im kommenden Jahr starten soll, Immobilien und Investmentfonds nicht enthalten - obwohl sie zur Vermögensbildung einen erheblichen Anteil leisten.

Das private Sparen fürs Alter hat dabei aktuell mit einem zusätzlichen Problem zu kämpfen: der Inflation. Über Jahre spielte sie keine Rolle, in den vergangenen beiden Jahren aber hat sie sich nun mit Wucht zurückgemeldet. Mehr als 10 Prozent betrug die Teuerungsrate zuletzt in einigen Monaten, im Durchschnitt lag sie 2022 bei 7,9 Prozent. In diesem Jahr könnte sie etwas niedriger ausfallen, gleichwohl rechnen viele Ökonomen immer noch mit heftigen 6 bis 7 Prozent.

Für Sparer bedeuten so hohe Inflationsraten: Der reale Wert des Geldes, das
auf dem Girokonto oder einem schlecht
verzinsten Sparkonto liegt, schmilzt im
Zeitablauf dahin. Nominal, also dem Betrag nach, bleibt das Geld auf dem Konto
zwar auch bei Inflation gleich viel - aber
die Kaufkraft sinkt. Das haben gerade in
Deutschland viele aus dem Blick verloren.
Nach Zahlen der Bundesbank liegen gewaltige 2,2 Billionen Euro in Deutschland
auf Giro- und Tagesgeldkonten.

Ein kleines Rechenbeispiel: 100.000 Euro auf dem Girokonto haben bei 5 Prozent Inflation nach zehn Jahren noch die Kaufkraft von 61.391 Euro. Mehr als ein Drittel des Vermögens ist also flöten gegangen. Bei 7 Prozent Inflation bleiben noch 50.835 Euro Kaufkraft, also rund die Hälfte. Und bei 10 Prozent Inflation bleibt nach

zehn Jahren nur noch eine Kaufkraft von 38.554 Euro - da ist vom Ausgangsbetrag also nicht mehr wirklich viel übrig.

Sparern jedenfalls ist es bei so hohen Inflationsraten wie im Moment selbst mit einer guten Geldanlage kaum möglich, den Kaufkraftverlust komplett auszugleichen. Emmerich Müller vom Bankhaus Metzler in Frankfurt hat für Sparer eine ernüchternde Botschaft: "Es gibt derzeit keine Möglichkeit, Geld 'sicher' zu parken."

Wer sparen will, lagert sein Geld meist nicht in der eigenen Wohnung, sondern bringt es zur Bank. Die verlangt für die Verwahrung von Erspartem zwar keine Negativzinsen und Verwahrentgelte mehr, wie noch vor Kurzem. Aber wirklich viel Zinsen, mit denen die Inflation ausgeglichen werden könnte, gibt es dort auch nicht. Etwa 2 Prozent im Jahr zahlen die Banken mit den höchsten Zinsen im Moment auf Tagesgeldkonten, wie Max Herbst von der FMH-Finanzberatung sagt. Für Festgeld, bei dem man einen Betrag auf drei Jahre fest anlegt, kommt man auf gut 3 Prozent. Das ist besser als nichts - aber nach Abzug der Inflation immer noch ein deutliches Verlustgeschäft für Sparer.

Das Ganze kann sogar zu einer Sparer-Falle werden, wenn die wieder etwas gestiegenen Sparzinsen dazu verleiten, wieder mehr Geld auf dem Sparkonto liegen zu lassen, nur weil die Bank keine Negativzinsen mehr verlangt - und das Vermögen dann durch die Inflation schrumpft. Negative Realzinsen, die nach Abzug der Inflation entstehen, können im Zweifelsfall noch tückischer sein als negative nominale Zinsen, weil sie nicht sofort offensichtlich sind.

Die Folgen des Nullzinses der vergangenen Jahre waren auch für Verbraucher und Anbieter von Altersvorsorgelösungen erheblich spürbar, zum Teil waren sie sogar existenziell. Private Rentenversicherungen beruhen in den meisten Fällen auf nominalen Garantieversprechen. Bei